

Der neue Dreh**Geld erst nach Anzeigenschluss**

Auch das gibt's: Da hat der Freie Journalist für Wochen für die Kundschaft malocht, Geschichten geschnitzt und an Sätzen gefeilt, telefoniert und organisiert. Alles rechtzeitig fertig – und auf einmal passiert lange Zeit nichts. So lange wie sonst nie lässt sich die Kundschaft Zeit mit der Abnahme.

Wohl wissend, dass auch andere Menschen viel Arbeit um die Ohren haben können und weil der Kunde sonst ein zuverlässiger war, begibt sich mensch an eine neue Arbeit, harret der Dinge und meldet sich zwischendurch mal. Dann kommt doch tatsächlich der Rückruf. Na also, es geht doch weiter.

Denkste: Die nette Kundin am anderen Ende der mittlerweile drahtlosen Leitung ist das ganz schlicht. Sagt etwas von „Danke“ für die gute Arbeit. Doch leider – wirklich leider – hapere es derzeit mit den Anzeigen. Also

werde sich das Erscheinen herauszögern. Aber alles werde gut, klar. Man reduziere gerade den Erscheinungsrhythmus und dann gehe es – irgendwie – schon weiter. Die Wirtschaftskrise schlage eben auch auf die Anzeigen durch. Es sei ja wohl verständlich, dass man da reagieren müsse.

Klar, mensch versteht viel. Und klar, geduldig ist mensch auch. Versprochen hat die Kundin schließlich, dass alles noch erscheine. Später eben. Soweit, so freundlich.

Doch da war dann noch so ein kleiner Satz. Wenn denn keine Anzeigen da wären, wär, auch kein Geld da. Keine Euros für die Überweisung... Komisch, Euros für's Gehalt sind wohl da, nur für uns Freie reicht es mal wieder nicht.

Jetzt fehlen einige tausend Euro auf dem Konto. Wertstabiles Geld, das eigentlich in Brötchen, Schinken und Miete umgesetzt werden sollte. Dem Vermieter kann mensch jetzt nicht sagen: Kein Honorar, keine Miete.

Was tun? Treue Kundin unter Druck setzen und vergrätzen? Oder auf das Ende der Wirtschaftskrise hoffen und geduldig das Leid der Kundschaft mittragen? Das lässt sich aus der Ferne nur schwer einschätzen. Doch eines ist klar. Erstens ist solch ein Verhalten nicht gerade freundlich, die Basis für eine langfristige Geschäftsbeziehung ist dies nicht. Und außerdem sollte jedermann wissen: Nach einem Jahr verjähren Forderungen – also früh genug Rechnung schreiben und mahnen!

psch

ver.di**Selbstständigenprogramm verabschiedet**

Die Meldungen passen gut zusammen: Während die Agentur für Arbeit bundesweit einen zunehmenden Trend zu „Notgründungen“ festmacht, betont die Gewerkschaft ver.di, dass Selbstständige in diese Gewerkschaft gehören. Mitte Juni wurde ein entsprechendes Selbstständigenprogramm verabschiedet.

Für die Arbeitsagentur ist die steigende Zahl der Unternehmensgründungen – oft als Kleinunternehmen – schlicht ein Ergebnis der wirtschaftlichen Lage. Viele, die im Unternehmen keinen Job mehr finden, packen selbst an und versuchen sich in der freien Marktwirtschaft – gerne auch im Medienbereich.

Für die Gewerkschaft hat die Bundeskommission Selbstständige (Buko) das Programm erarbeitet, das am 16. Juni vom Gewerkschaftsrat verabschiedet wurde. Damit soll noch einmal deutlich werden: Ver.di ist die Gewerkschaft auch der Selbstständigen. Aus gutem Grunde, vielen von ihnen hapert es an sozialer Absicherung, viele spüren zu allererst

den Sparwillen ihrer Auftraggeber (s. alle Beiträge in dieser Ausgabe). Selbstständige sind in vielen Fällen so etwas wie die Tagelöhner der vorigen Jahrhunderte.

Darum bietet ver.di seinen freiberuflichen Mitgliedern Rechtsschutz und Beratung, Vernetzungsmöglichkeiten, wo möglich tarifvertragliche Vertretung und politische Interessenvertretung – beispielsweise die Verbesserung des Rechtes auf Krankengeld (s. Freibrief 66) oder Arbeitslosengeld (Beitrag in dieser Ausgabe).

psch

Was ankommt bleibt abzuwarten

Diese Tarifrunde hat ver.di erstmals mit einer bundesweit einheitlichen Forderung und einer abgestimmten Kampagne geführt. Von der Forderung 300 Euro Sockel plus 3 Prozent für Angestellte und im Volumen vergleichbare 10 Prozent für Freie sind die Abschlüsse zwar weit entfernt. Doch angesichts der inzwischen eingetretenen Wirtschaftskrise und dem festen Sparwillen der Sender kann sich das Ergebnis dennoch sehen lassen.

Beim WDR haben wir immerhin drei Verhandlungsrunden gebraucht, um im Volumen auf insgesamt 5,2 Prozent zu kommen – bei 23 Monaten Laufzeit. Damit liegt der WDR-Abschluss etwas unter dem ZDF-Abschluss aber auf Augenhöhe mit allen anderen großen ARD-Anstalten. Das erste Angebot des WDR lag mit rund 4,7 Prozent erheblich darunter.

Wie üblich haben Feste und Freie gemeinsam verhandelt und abgeschlossen. Für die Festen war die Forderung nach einem hohen Sockel-Betrag, der auf das Monatsgehalt drauf kommt, als soziale Komponente gedacht. Denn bei niedrigen Gehältern schlägt der Sockel-Betrag stärker zu Buche als bei hohen Gehältern. Da für Freie ein Sockel-Betrag keinen Sinn macht, haben wir für alle 12a-Freien versucht, eine besonders hohe Einmalzahlung durchzusetzen. Die bekommen dann zwar nur die arbeitnehmer-ähnlichen Freien und sie hat keine Nachwirkung, aber die Einmalzahlung kommt wenigstens sicher bei den rund 1.800 Freien an.

Der WDR wollte zunächst auf keinen Fall einen Sockel-Betrag abschließen. Ver.di konnte dann aber bei den Festen immerhin 40 Euro aushandeln. Diesen Sockel haben wir für uns Freie umgerechnet, was insgesamt zu einer Erhöhung um 3 Prozent zum 1. Juli führt,

während die Festen 40 Euro auf das Gehalt bekommen, dafür aber nur 2,1 Prozent lineare Erhöhung. Ab dem 1. Juni 2010 gibt es dann eine weitere Erhöhung um 2,2 Prozent für Feste und Freie. Zudem wurde eine Einmalzahlung von 250 Euro für die Angestellten und für alle arbeitnehmer-ähnlichen Freie von 350 Euro vereinbart. Alle Freie, die in 2008 ihren Haupt-Urlaubsanspruch gegenüber dem WDR geltend gemacht haben, erhalten diese Einmalzahlung.

Bei der linearen Erhöhung um 3 Prozent haben wir – wie immer – das Problem, dass die lineare Erhöhung nur auf die Mindesthonorare aufgeschlagen werden muss. Der WDR zahlt aber in Teilen über Mindesthonorar, sodass in vielen Fällen die Erhöhung nicht weitergegeben wird. Gegen diese Praxis sind die Gewerkschaften leider machtlos. Solange die Etats der Redaktionen nicht erhöht werden, solange geben viele von ihnen den Spar-Druck auf diese unfaire Art und Weise an die Freien weiter. Deshalb sind etliche Honorare seit Jahren de facto eingefroren. Ohne Etat-Erhöhung müssen die Redaktionen an anderer Stelle sparen, zum Beispiel am Programm – und daran ist natürlich niemandem gelegen.

Tatsächlich gibt es offenbar eindeutige Anzeichen, dass die Devise „Sparen“ heißt. So sollen im Sommerprogramm der Lokal-

zeiten jeweils 3 Stücke pro Woche aus benachbarten Lokalzeiten übernommen werden. Im gesamten „PB IV Bereich“ also in den Regionalstudios, ist „kreatives Sparen“ angesagt. Denn hier müssen die 3 Prozent in der Regel weitergegeben werden, weil ohnehin nur Mindesthonorare gezahlt werden, die Honorare also nicht mehr weiter gedrückt werden können. Da die Etats der Studios nicht entsprechend angehoben werden, müssen die Studioleiter Mittel und Wege finden, die erhöhten Ausgaben für Honorare wieder einzusparen. Im Zweifel heißt das weniger Aufträge für die Freien, allerdings auch weniger Aufwand und damit mehr Zeit, die man für andere Auftraggeber verwenden kann. Außerdem nähern sich mit dem Abschluss die Mindesthonorare und die tatsächlich gezahlten Honorare um 3 Prozent in diesem Jahr und um 2,2 Prozent im nächsten Jahr an.

Anja Arp

Hintergrund

Der Kuchen wird kleiner

Die öffentlich-rechtlichen Sender müssen sparen – darunter auch der WDR als einer der stärksten. Das schreiben die Medien, das belegen die Prognosen zu den WDR-Einnahmen, das betonen auch immer wieder die, die den WDR-Haushalt zusammenstellen.

Offiziell sind es derzeit 100 Millionen Euro in vier Jahren – also jedes Jahr 25 Millionen, die irgendwo zusammengekratzt werden müssen. Die 100 Euro sind sicherlich noch nicht die endgültige Zahl. Die Prognosen sagen, dass neben dem demographischen Wandel aktuell die Zahl der Hartz IV-Empfänger steigen wird – und damit auch die Zahl der Gebührenbefreiungen. Ein neues Gebührenmodell soll entwickelt werden, wahrscheinlich mit sinkenden Einnahmen für den Sender. Bislang konnte der Sender anfangs der Gebührenperiode Geld anlegen und Zinsen sammeln für den Rest der Zeit – doch die Zinsen sind enorm niedrig, Einnahmen daraus und aus der Werbung gehen zurück... So steigt die Sparsumme ganz schnell auf 30 oder auch 40 Millionen pro Jahr.

„Am Programm wird nicht gespart“, hieß es ehemals immer aus dem WDR. Doch was heißt das? Derzeit heißt das wohl, dass Sendungen nicht eingestellt werden. Doch auch Hörfunk- und Fernsehdirektion müssen Ausgaben insgesamt um mehrere Millionen senken. Das lässt sich nicht alles mit effizienter Organisation regeln. Da werden dann ebenfalls Produktionskosten gesenkt und niedrige Honorare gezahlt. Tatsächlich gibt es mehr und mehr eindeutige Anzeichen, dass die Devise „Sparen“ heißt.

psch

Ver.di Einladung

WDR-Freienvollversammlung

Die Vergütungstarifverhandlungen sind abgeschlossen und wir möchten nun mit Euch diskutieren, wie es weitergeht. Deshalb laden wir Euch ganz herzlich zur ver.di-Freienversammlung ein.

Wann? Dienstag, 28. Juli 2009 um 18 Uhr
Wo? Im Natosaal, WDR-Funkhaus in Köln 7. Etage

Zum Hintergrund: Nach dem Tarifabschluss gibt es für die Freien Mitarbeiter ab dem 1.7.2009 3 Prozent und ab dem 1.6.2010 weitere 2,2 Prozent mehr auf alle Honorare. Allerdings können wir immer nur über die Mindestvergütung verhandeln. Das heißt, in den Landesstudios müssen ab dem 1. Juli 3 Prozent auf fast alle Honorare draufgeschlagen werden, weil dort in der Regel nur Mindesthonorare gezahlt werden. Das sieht in vielen anderen Redaktionen anders aus.

Neben der prozentualen Erhöhung haben wir noch eine Einmalzahlung in Höhe von 350 Euro für alle arbeitnehmer-ähnliche Freie vereinbart, sowie Gespräche über eine Anpassung des Honorarrahmens und über weitere tarifliche Problemfelder. Wir möchten mit Euch diskutieren, wie wir diese Gespräche am besten vorbereiten können.

Anja Arp & Jutta Klebon
ver.di-Betriebsverband beim WDR

Hochglanz-Magazin zu Dumping-Preisen

Der WDR ist stolz auf sein anspruchsvolles Fernseh-Magazin, das sich das Thema „Migration“ auf die Fahnen geschrieben hat. „Cosmo TV“ wendet sich an Zugewanderte und Deutsche gleichermaßen und ist damit laut *Süddeutscher Zeitung* einzigartig in der hiesigen Fernsehlandschaft. Doch so hoch das Lob auch ist, so niedrig sind die Honorare für die Freien, die letztlich die guten Beiträge machen.

Das wöchentliche Magazin „Cosmo-TV richtet sich an alle, die sich für Schnittstellen interessieren“, erklärt der Chef Birand Bingül. „Das sind Fachthemen, die nicht jeder kann“, ergänzt Auslandschefin Tina Hassel im selben Zeitungsartikel. Stimmt, kann man da nur sagen. Die freien Mitarbeiter von „Cosmo TV“ arbeiten professionell, sie versuchen möglichst nah an die Menschen ran zu kommen, über die sie berichten. Migranten zu strittigen Themen vor die Kamera zu bekommen, ist kein leichtes Geschäft. Das kostet Zeit, ist Recherche-intensiv und will wohl überlegt sein.

Denn in der Regel werden die Beiträge an der Geschichte eines Protagonisten entlang erzählt: Qualitativ hochwertig, ästhetisch ansprechend und meinungsfreudig lautet die Devise der Redaktion. Sie versteht sich als Fachredaktion mit spezialisierten Autoren, die vor allem viel Energie in die Recherche stecken. Doch diese „Extra-Meile“ in der Recherche zahlt sich oft nicht aus. So berichten Cosmo-Mitarbeiter, dass sie selbst für Beiträge, für die mehrwöchige investigative Recherchen im Kriminellen Millieu notwendig waren, gerade mal mit 800 Euro abgespeist wurden. Denn wenn es an das Bezahlen geht,

dann erinnern sich der WDR und die Redaktion offenbar nicht mehr an ihre eigenen Ansprüche.

Doch nicht nur das. Die Beiträge sind aus Sicht von ver.di nicht nur viel zu gering bezahlt worden, sie sind auch noch einer falschen Honorar-Position zugeordnet worden. Die meisten Beiträge werden nach der Positionsziffer 6.44 ff honoriert und das ist die Positionsziffer für „Live-Reportage bis 30 Minuten“ mit einem Mindest-Honorar von 282,95 Euro. Bei dem Wochenmagazin „Cosmo TV“ gibt es aber gar keine Live-Reportagen. Aus Sicht von ver.di sind das alles vorproduzierte Magazin-Beiträge, die nach der Positionsziffer 6.43 „Magazin-Beiträge bis 15 Minuten“ mit mindestens 1.566,66 Euro honoriert werden müssten. Und das ist wohlgemerkt das Mindesthonorar in dieser Kategorie, also für nicht besonders aufwendige Magazin-Einspieler. Dennoch wird an dieser Stelle auch der Sinn und Zweck des Etiketten-Wechsels klar: Würden die Beiträge als das bezeichnet was sie sind, dann müsste die Redaktion fast das Doppelte auf den Tisch legen. Andere WDR-Redaktionen tun das übrigens. So gibt es zum

Beispiel für Magazin-Beiträge in der „Service-Zeit“ oder bei „Markt“ 2.000 Euro – immerhin fast 500 Euro mehr als minimal notwendig.

Einige freie Mitarbeiter von „Cosmo TV“ haben sich Ende vergangenen Jahres an ver.di gewandt. Wir sind der Sache nachgegangen und haben bei der Holi die niedrigen Honorare für Beiträge im Wochenmagazin „Cosmo TV“ und die falsche Positionsziffer moniert. In der Antwort der Holi heißt es: „Bei Cosmo-TV handelt es sich um eine aktuelle Wochensendung mit deutlichen NRW-Bezug. Der Produktionsaufwand besteht für die Mehrzahl der Beiträge aus einem bis maximal zwei Drehtagen und maximal einem Schnitt-Tag. Sehr häufig werden die Themen von der Redaktion gesetzt und der Rechercheaufwand ist überschaubar.“ Der Kontakt zu den Protagonisten – heißt es weiter – sei oft mit wenigen Telefonaten herzustellen, eine höhere Honorierung als zwischen 900 und 1.400 Euro sei gemessen am Produktionsaufwand nicht verhältnismäßig. Und weiter: „Aus Sicht der Abteilung Honorare und Lizenzen kann diese Honorierungspraxis nicht beanstandet werden“.

Ver.di hat in einem Antwort-Schreiben darauf gelegt, dass die von der Redaktion angewandte Praxis für uns unsachgemäß ist. Der Tarifvertrag ist in unseren Augen eindeutig: Bei den Einspielungen in „Cosmo TV“ handelt es sich ohne jeden Zweifel um Magazin-Beiträge, die entsprechend zu honorieren sind. Zudem müssten aus Sicht von ver.di bereits falsch honorierte Beiträge nachhonoriert werden. Das war am 26. November. Der Redaktionsleiter wollte dazu für diesen Artikel keine Stellung nehmen. Begründung: Man suche intern nach einer Lösung. Das heißt für uns: Seit November herrscht in Sachen „Cosmo TV“ Funkstille im Sender...

Anja Arp

Unstetig Beschäftigte

Bessere Chancen auf Arbeitslosengeld

Es tut sich was: Demnächst ist es für unstetig Beschäftigte leichter, Arbeitslosengeld zu beziehen. Dies entschied der Bundestag noch im Juni vor der Sommerpause durch eine Veränderung der Regelungen, die zum Bezug von Arbeitslosengeld I (ALG I) berechtigen.

Filmschaffende kennen es beispielsweise: Ein paar Tage Dreh, ein befristetes Engagement auf der Bühne – und dann lange Pause bis zum nächsten Job. Ein paar Tage festangestellt sein, das brachte in der Vergangenheit nur dann für die Beschäftigungspausen Geld aus dem ALG-Topf, wenn genügend Beschäftigungstage in den vergangenen zwei Jahren zusammen kommen. Rund ein Jahr Beschäftigung binnen zweier Jahre. Das hat kaum

jemand geschafft – der Gang zur ARGE oder ehemals zum Sozialamt war die Folge.

Jetzt genügen nach der vom Bundestag beschlossenen Neuregelung sechs Beschäftigungsmonate binnen der zwei vergangenen Jahre. Dann gibt es ALG I, wenn zwei weitere Voraussetzungen erfüllt werden: Die Einkünfte dürfen pro Jahr 30.240 Euro nicht übersteigen und die unstetige Beschäftigung darf

überwiegend nicht länger als sechs Wochen dauern.

Diese Voraussetzungen allerdings sind die kritischen Punkte. Denn viele unstetige Beschäftigte haben Engagements mit über sechs Wochen Dauer und verdienen – hoffentlich – auch mehr als die 30.240 Euro pro Jahr, fallen also weiterhin durchs soziale Netz, zahlen aber weiterhin in die Arbeitslosenversicherung ein, ohne jemals Leistungen dafür zu erhalten.

Drei Jahre sollen die Regelungen jetzt gültig sein – dann wird überprüft und geklärt, was zu ändern ist. Spätestens dann hofft auch ver.di auf eine entsprechende gesetzliche Nachbesserung, „die wir dann einfordern werden“, so Frank Werneke, stellvertretender ver.di-Vorsitzender.

psch

Liquidität sichern

Immer schön flüssig bleiben

Tatsächlich: Auch die Medien spüren mehr oder weniger die Auswirkungen der schlechten Wirtschaftslage. Und wenn es die Medien spüren, dann können Freie Journalistinnen und Journalisten sicher sein, schon bald ein gutes Stück der Last tragen zu dürfen. Da gibt es entweder das Geld mal viel später (s. Seite 1), oder es gibt gar nichts, oder es gibt weniger Aufträge.

Zeiten knapper Kassen müssen auch überlebt werden. In solchen Phasen ist es wichtig, dass die Freien „liquide“ bleiben, also immer genug Geld flüssig machen können, um Brot, Butter, Strom und Miete zu zahlen. Was also tun?

Vorsorgen:

Auf der halbwegs sicheren Seite ist, wer immer mindestens drei Monatsumsätze auf der hohen Kante hat, damit lassen sich auch einige schlechte Monate überbrücken.

Kosten senken:

Hier einige Beispiele:

● **Finanzamt:** Das Finanzamt kassiert üblicherweise in regelmäßigen Abständen – bei vielen Freien jedes Vierteljahr – eine Vorauszahlung auf die Einkommensteuer. In einkommensschwachen Zeiten gilt: Kontakt mit dem Finanzamt aufnehmen und um eine Senkung der Vorauszahlung – zur Not bis auf Null – zu erbitten. Dies muss begründet werden, wird aber dann von den meisten Ämtern akzeptiert.

● **Künstlersozialkasse:** Beitrag anpassen: Denn die Regelungen der Künstlersozialkasse (KSK) sehen eine entsprechende Anpassung vor, es genügt üblicherweise eine Postkarte oder ein Brief an die KSK mit Angabe der neuen Beitragsbemessungshöhe – das wird ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt umgesetzt.

● **Lebensversicherung:** Verträge „ruhen lassen“ – also beitragsfrei stellen. Dies ist für ein bis zwei Jahre sicherlich möglich, sollte mit der Lebensversicherung abgesprochen werden. Dadurch sinkt zwar die spätere Ren-

tenzahlung ein wenig – doch eine Finanzierung der Beiträge über Schulden ist nicht wirtschaftlich. Interessant für Freie, die noch vom Autorenversorgungswerk der VG Wort gesponsert werden, wie dies früher ermöglicht wurde: Sie erhalten die Hälfte der Beiträge aus München finanziert – da lohnt sich eine Beitragsfreistellung kaum, da man auf die gleiche Summe an Einnahmen verzichtet.

● Neue Einnahmequellen erschließen:

Wer in Zeiten wie diesen als Journalist nicht Mitglied der VG Wort (Autoren) oder VG Bild Kunst (Grafiker, Fotografen etc.) ist, verzichtet jedes Jahr auf einige Euros Einnahmen.

● **Steuerberatung:** Lohnt sich bei kleinem Einkommen eventuell nicht. Wer die freierwerbende Zeit nutzt und sich die eigenen Zahlwerke erschließt und die vorherigen Steuererklärungen analysiert, kann sogar hier sparen.

● Überflüssige Ausgaben erkennen:

Ein Kassenbuch hilft – oft aber wird schnell klar, das selber putzen Geld spart, dass die Zeiten unbeschwerten Kaufens zumindest für die Betroffenen vorbei sind. Es gilt die Regel: Nur das Geld ausgeben, das auf dem Konto ist. Denn wenn die Geschäftskunden schlapp machen, hilft es nicht, tolle Forderungen sein eigen zu nennen. Die zu realisieren, ist letztlich nicht immer möglich.

● **Bankgespräch I:** Wer per Kredit Wohnung, Haus und Hof oder auch nur die Tiefkühltruhe finanziert hat und knapp bei Kasse ist, sollte versuchen, eine Tilgungsaussetzung zu erreichen. Das ist allemal günstiger, als sich für die Tilgung wieder Geld leihen zu müssen.

● **Bankgespräch II:** Wer in solchen Zeiten den Dispo-Kredit braucht, sollte wissen: Das ist ein wirklich teurer Kredit. Da hilft ein Gespräch mit dem persönlichen Kundenberater (gut, wer jetzt eine Präsenzbank hat). Der hilft vielleicht mit einem günstigen Kredit – einem Überbrückungsdarlehen – vorübergehend aus der Patsche (ist günstiger als ein Dispo-Kredit, gibt's aber nur bei gutem „Unternehmenskonzept“) oder erhöht verständnisvoll das Dispo-Volumen. Doch wohlgemerkt: Geliehenes Geld ist teures Geld – wirklich Kosten spart, wer sich kein Geld leihen muss.

● **ARGE:** Wenn gar nichts mehr läuft, dann gibt's mit Hartz-Geldern den letzten Rettungsanker. Doch der macht wirklich keinen Spaß – einzig gibt er später mal die Chance auf die Bewilligung von Existenzgründungsgeldern.

psch

Freienberatung

Fragen zu Urheberrecht, Honoraren, Einstiegs- und Versicherungsfragen - und all das, was sich an Problematiken rund um den Freien Journalismus rankt? Egal, ob Hörfunk, TV, Print, Internet oder PR - alle Fragen sind erlaubt. ver.di bietet seinen Mitgliedern eine persönliche Beratung an. Kontaktaufnahme bitte über den Landesfachbereich Medien unter T: (02 11) 6 18 24-332.

Die **Technik-Beratung** wird ebenfalls vom Landesfachbereich Medien organisiert. Anmeldung auch unter (02 11) 6 18 24-332 – hier werden die Termine individuell mit den Beratern abgestimmt.

Eine weitere Anlaufstelle für Freiberufler ist das Beratungsnetzwerk mediafon:

www.mediafon.net/index.php3

Neben persönlicher Beratung, die nur **für Mitglieder der Gewerkschaft ver.di kostenlos** ist, sind auf der Internetseite viele Informationen zu finden. Auf der Website ist auch eine Übersicht über alle Änderungen, die sich gegenüber im **Ratgeber Freie** der letzten Druckauflage (Stand: 1.4.2002) ergeben haben

Alle NRW-ver.di-Mitglieder, die – teilweise oder komplett – als SchauspielerInnen, SängerInnen, MusikerInnen, TänzerInnen, AutorInnen, BildhauerInnen, MalerInnen Fragen zu ihrem künstlerischen Bereich (und nur zu dem!) und zu aller damit zusammenhängenden Bürokratie, erhalten bei Stefan Kunz eine **Gratis-Beratung**. Bitte statt auf einen Rückruf zu warten, lieber nach Anrufbeantworterkontakt noch einmal selbst anrufen! Mitgliedsnummer bereithalten. Telefon: (0 22 02) 70 88 70

Impressum:

Der „Freibrief“ ist eine Zeitschrift für freiberufliche Mitglieder der ver.di, Fachgruppe Medien – in NRW. Er ist online verfügbar unter www.freiseiten.de sowie über die Internet-Präsenz der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di unter www.dju-nrw.verdi.de/freelancer. Außerdem steht eine Druckauflage für den Postversand (Preis: 1,50 Euro/Stück) zur Verfügung. Abo-Anfragen bitte an Jutta Klebon (v.i.S.d.P.), c/o ver.di Landesbezirk NRW, Fachbereich Medien, Kunst und Industrie, Karlstr. 123-127, 40210 Düsseldorf, T: (02 11) 6 18 24-332, F: (02 11) 6 18 24-468, E-Mail: jutta.klebon@verdi.de

Satz: CE Grafik Design, Carsten Engels, Gummersbach, Telefon: (0 22 61) 2 99 66

Redaktion: Journalistenbüro profil, Peter Schmidt, Bismarckstr. 1, 51643 Gummersbach, T: (0 22 61) 92 62 10, E-Mail: psch-profil@t-online.de

Wir freuen uns immer neu über Anregungen, Beiträge und Terminhinweise. Schließlich ist der Freibrief von Freien für Freie gemacht.